

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 01 / 27. Juli 2026



Mit dieser ersten Ausgabe unseres Südosteuropa-Updates in diesem Jahr nach einem sechsmonatigen Sabbatical informieren wir Sie wieder über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region.

Wir berichten darin über die wichtigsten Entwicklungen in Südosteuropa in den vergangenen sechs Monaten: Wir beleuchten die neuen Regierungen in Slowenien und Bulgarien, schauen auf die Regierungsproteste in Albanien, die sich ursprünglich an einem Bauvorhaben für ein Luxus-Resort in einem Naturschutzgebiet entzündet haben und blicken nach Kosovo, wo nach der Bestätigung des Wahlergebnisses der vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni, nun erneut um eine Regierung gerungen wird.

In der Rubrik Konjunktur haben wir für Sie die Handelszahlen der ersten fünf Monate des Jahres 2026 zusammengefasst und schauen auf die Wachstumsprognosen, die das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) vorgelegt haben. Außerdem finden Sie dort Zusammenfassungen und Links zu den Konjunkturmfragen des AHK-Netzwerkes. Wie immer werfen wir darüber hinaus einen Blick auf vergangene Veranstaltungen und schauen auf anstehende Termine. Last but not least stellen wir in der Rubrik Tipps und Links aktuelle Publikationen zu unserer Region vor.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsrückblick**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Projekte**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

EU-Westbalkan Gipfel in Tivat

Am 5. Juni 2026 trafen in Tivat Regierungschefs der EU und der Länder des Westlichen Balkans zum EU-Westbalkan-Gipfel zusammen. Antonio Costa und Ursula von der Leyen verwiesen in ihren Beiträgen auf greifbare Fortschritte im EU-Erweiterungsprozess. Montenegro könne als aussichtsreichstes Kandidatenland möglicherweise bereits bis Ende 2026 oder Anfang 2027 alle Verhandlungskapitel abschließen. Neben der Unterstützung für Montenegro wurden auch die Reformfortschritte der anderen Länder des Westlichen Balkans bewertet. Frankreich und Deutschland schlugen in einem gemeinsamen Non-Paper einen neuen Ansatz für die EU-Erweiterung vor: Kandidatenländer sollten demnach noch vor der Vollmitgliedschaft schrittweise stärker in die EU integriert werden. Teil des Vorschlages ist ein privilegierter Zugang zum EU-Binnenmarkt, eine stärkere Beteiligung an EU-Institutionen sowie ein Beobachterstatus in ausgewählten EU-Gremien. Das Non-Paper mit dem Titel „A New Momentum for Enlargement“ wurde im Vorfeld des EU-Westbalkan-Gipfels ausgearbeitet. European Western Balkans berichtet [hier](#). In einem Beitrag zur aktuellen Diskussion zeichnet Wouter Zweers im Clingendeal-Alert unter dem Titel „Challenge accepted? EU Enlargement non-papers provide mixed picture of EU integration commitment“ die Diskussion zur graduellen Integration von neuen Beitrittsländern nach und ordnet das Papier ein. Das Dokument finden Sie [hier](#).

Vom 1. bis 5. Juni reiste der Präsident des Europäischen Rates Antonio Costa durch die Länder des Westlichen Balkans. In Gesprächen mit den führenden Politikern der Region erörterte er die Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung sowie Themen der regionalen Zusammenarbeit. Die Berichte von European Western Balkans zu den Gesprächen haben wir Ihnen hier verlinkt: [Sarajewo \(BiH\)](#), [Tirana \(Albanien\)](#) + [Skopje \(Nordmazedonien\)](#), [Pristina \(Kosovo\)](#), [Belgrad \(Serbien\)](#).

US-Sanktionen gegen Lukoil und NIS

Das US-Finanzministerium hat der serbischen Ö raffinerie NIS eine erneute Sanktionsausnahme bis zum 31. Juli gewährt. Gleichzeitig wurde dem ungarischen Öl- und Gaskonzern MOL gestattet, die Verhandlungen über den Erwerb der russischen Gazprom-Neft-Mehrheitsbeteiligung an dem Betrieb während dieses Zeitraums weiterzuführen. SeeNews berichtet [hier](#). Dem kroatischen Pipelinebetreiber Janaf wurde ebenfalls eine weitere Genehmigung erteilt, bis zum 31. Juli Rohöl an NIS zu liefern. SeeNews berichtet [hier](#).

Das OFAC hat zuletzt die Frist für Verhandlungen über die Auslandsvermögenswerte des russischen Konzerns Lukoil auf den 22. August verlängert (Das entsprechende Dokument finden Sie [hier](#)). Lukoil besitzt die einzige Raffinerie Bulgariens, Lukoil Neftohim Burgas, sowie die Petrotel-Raffinerie in Rumänien. Außerdem verfügt das Unternehmen über ein Netz von über 800 Tankstellen, die sich über die Region Südosteuropa verteilen. Im Januar 2026 hat Lukoil bereits eine Vereinbarung mit der Carlyle Group über den Verkauf des Großteils seiner Vermögenswerte unterzeichnet. Berichten zufolge laufen noch Verhandlungen mit mehreren Interessenten, darunter zum Beispiel Exxon Mobile und Chevron. EUalive berichtet [hier](#) und die Hintergründe zu den US-Sanktionen gegen Lukoil und NIS finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 01 \(2025\)](#).

Albanien

Am 14. Juli fand die neunte Erweiterungskonferenz Albaniens mit der EU statt, auf der das Adira-Land vorläufig die Verhandlungskapitel zu Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur sowie den Außenbeziehungen schließen konnte. Damit hat Albanien erstmals Verhandlungskapitel abgeschlossen. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit der EU-Kommissarin für Erweiterung Marta Kos am 14. Juli in Brüssel kündigte der albanische Premierminister Edi Rama an, das umstrittene Gesetz über Schutzgebiete des Landes an die EU-Standards anzupassen. Balkan Insight berichtet [hier](#). Allerdings wurde die Anpassung der relevanten Gesetze in der Parlamentsarbeit weiter blockiert. Auch am letzten Arbeitstag des Parlamentes am 23. Juli kam es wieder zu Protesten vor dem Parlament, wie Balkan Insight [hier](#) berichtet. Ende Mai dieses Jahres begann in Albanien eine Protestwelle, als Pläne für den Bau eines Luxus-Resorts (einem Vorhaben von Ivanka Trump und Jared Kushner) in einem Naturschutzgebiet bei Zverec bekannt wurden. Die Protestbewegung wurde in den folgenden Wochen als „Flamingo-Revolution“ bezeichnet, da Flamingos das betroffene Naturschutzgebiet als Brutplatz nutzen. Die Demonstrierenden warnten, dass das geplante Bauvorhaben das empfindliche Ökosystem des Gebiets gefährden könnte. Inzwischen hat sich die Umweltbewegung zu einer breiten, regierungskritischen Protestwelle entwickelt. Die Demonstrierenden warfen Ministerpräsident Edi Rama Korruption und mangelnde Transparenz vor und forderten seinen Rücktritt. Über Hintergründe der Protestbewegung berichtete die Deutsche Welle Ende Juni [hier](#).

Bosnien und Herzegowina

Am 11. Mai hat Christian Schmidt seinen Rücktritt vom Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina angekündigt, die Tagesschau berichtet [hier](#). Das Amt überwacht die Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens und verfügt über außergewöhnliche Eingriffsrechte in die Politik des Landes. Die internationale Gemeinschaft hat sich bislang auf keinen Nachfolger einigen können. Übergangsweise wurde der amerikanische Diplomat Louis Crishock zum Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina ernannt. Hintergrund für die bislang ausstehende Einigung könnten unterschiedliche Ansichten der USA und die EU zur personellen Besetzung und zur zukünftigen Ausgestaltung der Rolle des Hohen Repräsentanten sein. Während die US-Regierung unter Donald Trump dessen weitreichende Befugnisse einschränken möchte, halten die Europäer diese angesichts der politischen Spannungen in Bosnien und Herzegowina weiterhin für notwendig. Die Rheinische Post berichtet [hier](#) und European Western Balkans berichtet [hier](#) mit Verweis auf den 14. Juli als Zieldatum für die abschließende Entscheidung. Dieses Datum ist allerdings verstrichen, ohne dass eine Einigung erzielt werden konnte. Der Posten bleibt weiterhin nur übergangsweise besetzt. Im Oktober stehen in Bosnien und Herzegowina allgemeine Wahlen an, die über die Besetzung der Präsidentschaft, der Regierungen auf Entitätsebene sowie der Kantone entscheiden werden.

Bulgarien

Die EU forderte die bulgarische Regierung auf, bis zum 15. Oktober dieses Jahres einen konkreten Plan zur Reduzierung des Haushaltsdefizits vorzulegen. Bereits Anfang Juni hatte die EU ein Defizitverfahren gegen das Land eingeleitet, da das Staatsdefizit deutlich über der

zulässigen EU-Grenze von drei Prozent des BIP liegt und in den kommenden Jahren weiter steigen könnte. Im Juni hatte die Regierung einen Budgetentwurf vorgelegt, dem zufolge das Defizit im Jahr 2026 bei 5,7 Prozent liegen soll. Bulgarien ist aufgefordert, der EU-Kommission regelmäßig über Fortschritte zu berichten und das Defizit spätestens bis 2029 wieder unter Kontrolle zu bringen. SeeNews berichtet [hier](#).

Am 19. April 2026 fanden in Bulgarien vorgezogene Parlamentswahlen statt, nachdem die vorherige Regierung unter Ministerpräsident Rossen Scheljaskow im Dezember vergangenen Jahres zurückgetreten war (siehe [OA-Update Südosteuropa \(10\) 2025](#)). Als klarer Wahlsieger ging dabei die Partei „Progressives Bulgarien“ mit 44,6 Prozent der Stimmen hervor. Am 8. Mai trat die neue Regierung unter Premierminister Rumen Radew ihr Amt an. Balkan Insight berichtet [hier](#). Namen und Lebensläufe der Minister sind auf der Seite der bulgarischen Regierung [hier](#) veröffentlicht.

Premierminister	Rumen Radew (Progressives Bulgarien)
Stellvertretender Premierminister ohne Geschäftsbereich	Iwo Hristow (Progressives Bulgarien)
Stellvertretender Premierminister ohne Geschäftsbereich	Atanas Pekanow (Progressives Bulgarien)
Stellvertretender Premierminister und Finanzminister	Galab Donew (Progressives Bulgarien)
Stellvertretender Premierminister und Minister für Wirtschaft, Investitionen und Industrie	Alexander Pulew (Progressives Bulgarien)
Innenminister	Iwan Demerdschiew (Progressives Bulgarien)
Außenministerin	Welislawa Petrowa-Tschamowa (parteilos)
Verteidigungsminister	Dimitar Kinow Stojanow (Progressives Bulgarien)
Justizminister	Nikolaj Najdenow (parteilos)
Gesundheitsministerin	Katja Iwkowa (Progressives Bulgarien)
Minister für Bildung und Wissenschaft	Georgi Waltschew (parteilos)
Kulturminister	Ewtim Miloschew (parteilos)
Minister für Verkehr und Kommunikation	Georgi Peew (Progressives Bulgarien)
Energieministerin	Iwa Petrowa (Progressives Bulgarien)
Ministerin für Arbeit und Soziales	Natalia Efremova (Progressives Bulgarien)
Minister für Landwirtschaft und Ernährung	Plamen Abrowski (Progressives Bulgarien)
Ministerin für Umwelt und Wasser	Rossiza Karamfilowa-Blagowa (Progressives Bulgarien)
Minister für regionale Entwicklung und öffentliche Arbeiten	Iwan Schischkow (Progressives Bulgarien)
Minister für Innovation und digitale Transformation	Iwan Wassilew (parteilos)
Tourismusminister	Ewtim Miloschew (Progressives Bulgarien)
Minister für Jugend und Sport	Entscho Kerjasow (Progressives Bulgarien)

Kosovo

Am 9. Juli hat die Zentrale Wahlkommission des Kosovo (CEC) die endgültigen Ergebnisse der vorgezogenen Parlamentswahl vom 7. Juni 2026 bestätigt. Die Neuwahlen fanden statt, da nach der Wahl im Dezember 2025 erneut keine stabile Regierung gebildet werden konnte. Bei der Wahl im Juni dieses Jahres wurde die Regierungspartei Vetevendosje mit 53 der 120 Sitze und rund 47 Prozent der Stimmen stärkste Kraft. Es folgen die PDK mit 22 Sitzen, die LDK mit 18 Sitzen und die AAK mit sieben Sitzen. Von den für die serbische Minderheit reservierten zehn Sitzen gewann die Serbische Liste neun. Mit der Bestätigung des Wahlergebnisses

beginnt nun die 30-tägige Frist zur Konstituierung des neuen Parlaments. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Die Koalitionsverhandlungen gestalten sich weiterhin schwierig. Lumir Abdixhiku, der Vorsitzende der oppositionellen Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), hat am 15. Juli erklärt, die Gespräche mit der Regierungspartei Vetevendosje vorläufig auszusetzen. Grund dafür ist eine interne Parteikrise: Führende LDK-Mitglieder fordern nach den jüngsten Wahlergebnissen seinen Rücktritt. Abdixhiku begründete seine Entscheidung damit, dass er die Partei nicht glaubwürdig in Verhandlungen vertreten könne, solange seine eigene Führungsposition infrage stehe. Diese Entscheidung fällt zu einem Zeitpunkt, an dem Medien bereits von einer grundsätzlichen Einigung zwischen LDK und Vetevendosje berichteten, die die langanhaltende politische Blockade im Land hätte beenden können. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Montenegro

Die Europäische Kommission hat am 30. Juni ein Finanzpaket in Höhe von 3,2 Milliarden Euro für Montenegro verabschiedet und dem Europäischen Rat zur Bestätigung des Vorschlags vorgelegt. Die Auszahlung der Gelder ist an die Erfüllung vereinbarter Reformschritte geknüpft. Ziel ist es, die wirtschaftliche Annäherung Montenegros an die EU zu beschleunigen, nachhaltiges Wachstum zu fördern und die Integration in den europäischen Binnenmarkt weiter zu vertiefen. Das Paket soll die uneingeschränkte Beteiligung Montenegros an den Politikbereichen und am Haushalt der EU gewährleisten und zielt darauf ab, Finanzierungsunterbrechungen zu verhindern sowie unnötigen Verwaltungsaufwand zu minimieren. Bereits im April hatten die EU-Mitgliedstaaten beschlossen, mit der Ausarbeitung des Beitrittsvertrags zu beginnen. Im Juni wurden zudem zwei weitere Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen, sodass inzwischen 16 Kapitel als erledigt gelten. Montenegro hält an seinem Ziel fest, die verbleibenden 17 Kapitel bis Ende 2026 abzuschließen, um 2028 das 28. Mitglied der Europäischen Union zu werden. Die endgültige Ausgestaltung des Finanzpakets muss noch zwischen der EU und Montenegro verhandelt werden. SeeNews berichtet [hier](#).

Nordmazedonien

Das Parlament Nordmazedoniens hat Mitte Juli die von Premierminister Hristijan Mickoski angekündigte Regierungsumbildung gebilligt. Mickoski begründete den Umbau der Regierung damit, neue Energie in die Regierungsarbeit bringen zu wollen. Über die Absetzungen und Neubenennungen berichtet Bulgarian News Agency [hier](#).

Rumänien

Seit dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen die Regierung von Ministerpräsident Ilie Bolojan am 5. Mai befindet sich Rumänien in einer anhaltenden politischen Krise. Seither sind zwei Versuche gescheitert, eine Parlamentsmehrheit, für die von Präsident Nicusor Dan mit der Regierungsbildung beauftragten, designierten Premierminister und ihre vorgeschlagenen Kabinette zu bekommen. Somit ging das Land ohne stabile Regierung in die Sommerpause. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Ereigniskette in einem Länderbericht [hier](#) für sie aufgearbeitet.

Serbien

Am 27. Juni hat der serbische Präsident Aleksandar Vucic angekündigt, in den kommenden Wochen zurückzutreten und vorgezogene Präsidentschafts- sowie Parlamentswahlen abhalten zu wollen. Einen konkreten Termin nannte er jedoch nicht. Kritiker vermuten, dass die angekündigte Rücktrittsabsicht von Vucic strategisch motiviert sein könnte, um einem drohenden Machtverlust zuvorzukommen. Gleichzeitig halten die landesweiten Proteste gegen Korruption und die Regierung weiter an. Oppositionsgruppen und Studierendenvertretungen wollen bei den angekündigten Wahlen gegen seine Partei antreten. Die Regierung geht zunehmend repressiv gegen die oppositionelle Studierendenbewegung vor. Die Zeit berichtet über die Ankündigung von Vucic [hier](#) und die FAZ sowie Der Standard ordnen seinen Rücktritt [hier](#) (hinter der PayWall) und [hier](#) ein.

Slowenien

Am 22. März 2026 fanden in Slowenien Parlamentswahlen statt. Die Partei Gibanje Svoboda (GS) unter dem bis zu den Wahlen amtierenden Premierminister Robert Golob wurde knapp stärkste Kraft im Parlament, die bisherige Mitte-Links Regierung verlor jedoch ihre Mehrheit und die Koalitionsbildung scheiterte, sodass, trotz Wahlniederlage, Janez Jansa am 22. Mai 2026 zum Premierminister gewählt wurde. Seine Regierung setzt sich aus der SDS, den Christdemokraten (NSi), der Slowenischen Volkspartei (SLS), Fokus und den Demokraten zusammen. Zu den Schwerpunkten des Regierungsprogramms zählten laut Jansa die weitere Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, eine stärkere Dezentralisierung sowie die Zusammenarbeit mit der Opposition bei Verfassungsänderungen und langfristigen Entwicklungszielen. Balkan Insight berichtet [hier](#) und den Länderbericht des Konrad-Adenauer-Stiftung zur Wahl finden Sie [hier](#). Weitere Informationen zu den Kabinettsmitgliedern finden Sie [hier](#).

Premierminister	Janez Jansa (SDS)
Minister für Infrastruktur und Energie, stellvertretender Premierminister	Jernej Vrtovec (NSi)
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Sport, stellvertretender Premierminister	Anze Logar (Demokrati)
Innenminister	Franci Matoz (SDS)
Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten	Tone Kajzer (SDS)
Gesundheitsminister	Tadej Ostrc (Demokrati)
Landwirtschaftsminister	Janez Cigler Kralj (NSi)
Finanzminister	Andrej Sircelj (SDS)
Ministerin für Umwelt und Raumplanung	Polona Rifelj (SDS)
Verteidigungsminister	Valentin Hajdinjak (NSi)
Kulturministerin	Ignacija Fridl Jarc (SDS)
Justizminister	Mihael Zupancic (Demokrati)
Minister für Bildung, Wissenschaft und Jugend	Borut Roncevic (SDS)
Ministerin für Demografie, Familie und Soziales	Mateja Ribic (NSi)
Ministerin für kommunale Selbstverwaltung, Kohäsion und regionale Entwicklung	Monika Kirbis Rojs (Fokus)
Ministerin für die Beziehungen zwischen der Republik Slowenien und der autochthonen slowenischen Volksgruppe in den Nachbarländern sowie zwischen der Republik Slowenien und den Slowenen in aller Welt	Suzana Lep Simenko (SDS)

Ost-Ausschuss Handelszahlen Januar bis Mai 2026

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen von Januar bis Mai 2026 für die 29 Länder seiner Region ausgewertet. Wir haben hier für Sie speziell die Zahlen für die Länder Südosteuropas zusammengestellt: Der Warenaustausch Deutschlands mit der Region erreichte in diesem Zeitraum ein Volumen von 41,8 Milliarden Euro und stieg damit um 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Statistiken zu allen 29 Ost-Ausschussländern finden Sie [hier](#).

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg.über Vorjahr		
	Jan-Mai 2026	Jan-Mai 2025	Jan-Mai 2026	Jan-Mai 2025	Jan-Mai 2026	Jan-Mai 2025	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	17.499.192	17.416.457	7.731.593	7.981.741	9.767.599	9.434.716	-3,1	3,5	0,5
Slowenien	6.507.723	6.436.813	3.363.862	3.187.141	3.143.861	3.249.672	5,5	-3,3	1,1
Bulgarien	5.691.063	5.048.061	3.022.809	2.505.208	2.668.254	2.542.853	20,7	4,9	12,7
Serbien	4.440.291	4.205.356	2.298.021	2.192.559	2.142.270	2.012.797	4,8	6,4	5,6
Kroatien	3.883.285	3.672.516	1.163.520	1.119.761	2.719.765	2.552.755	3,9	6,5	5,7
Nordmazedonien	1.959.748	1.960.337	1.425.366	1.419.896	534.382	540.441	0,4	-1,1	-0,0
Bosnien und Herzegowina	1.201.969	1.138.260	611.091	573.395	590.878	564.865	6,6	4,6	5,6
Albanien	298.925	296.101	101.779	100.539	197.146	195.562	1,2	0,8	1,0
Kosovo	251.977	227.661	66.369	42.491	185.608	185.170	56,2	0,2	10,7
Montenegro	99.042	104.607	8.510	11.338	90.532	93.269	-24,9	-2,9	-5,3
WB-6 Handel Gesamt	8.251.952	7.932.322	4.511.136	4.340.218	3.740.816	3.592.104	3,9	4,1	4,0
SOE Handel Gesamt	41.833.215	40.506.169	19.792.920	19.134.069	22.040.295	21.372.100	3,4	3,1	3,3
Osteuropa Handel Gesamt	235.344.992	228.598.011	109.136.648	108.998.404	126.208.344	119.599.607	0,1	5,5	3,0
Deutscher Handel Gesamt	1.252.558.664	1.225.690.238	583.433.502	567.890.108	669.125.162	657.800.130	2,7	1,7	2,2

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2026; Stand: 10.07.2026; Berechnungen des Ost-Ausschusses

Sommer- und Frühjahrsprognose des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Am 1. Juli hat das wiiw seine Sommerprognose vorgelegt. Insgesamt prognostiziert das wiiw für die Region Südosteuropa für 2026 ein Wachstum von durchschnittlich 2,4 Prozent, genauso wie bereits in der Frühjahrsprognose. Auch die Prognose für die Länder des Westlichen Balkans blieb mit 2,8 Prozent für das Jahr 2026 unverändert gegenüber der Prognose aus dem April. Wir dokumentieren hier für Sie die aktuellen Zahlen für Südosteuropa. Die Presserklärungen zur Sommerprognose finden Sie [hier](#) und für die Frühjahrsprognose [hier](#).

	wiiw Frühjahrsprognose April 2026					wiiw Sommerprognose Juli 2026				
	2024	2025	2026F	2027F	2028F	2024	2025	2026F	2027F	2028F
Albanien	4,0	3,8	3,6	3,5	3,5	4,0	3,8	3,6	3,5	3,5
Bulgarien	3,4	3,1	2,0	2,2	2,4	3,4	3,1	2,5	2,6	2,8
Bosnien und Herzegowina	3,2	2,1	2,3	2,8	3,0	3,2	2,1	2,3	2,8	3,0
Kosovo	4,6	3,6	3,4	3,6	3,6	4,6	3,6	3,3	3,4	3,6
Kroatien	3,8	3,2	2,6	2,7	2,8	3,8	3,4	2,6	2,7	2,8
Montenegro	3,2	2,7	2,8	2,9	3,0	3,2	2,7	2,8	2,9	3,0
Nordmazedonien	3,0	3,5	2,9	2,9	3,0	3,0	3,5	2,9	2,9	3,0
Rumänien	0,9	0,7	0,5	1,7	2,9	0,9	0,7	-0,1	1,6	2,3
Serbien	3,9	2,0	2,0	3,0	3,5	3,9	2,0	2,0	3,0	3,5
Slowenien	1,7	1,1	1,7	2,4	2,6	1,7	1,1	1,9	2,2	2,3
Durchschnitt SOE	3,2	2,6	2,4	2,8	3,0	3,2	2,6	2,4	2,8	3,0
Durchschnitt WB6	3,7	3,0	2,8	3,1	3,3	3,7	3,0	2,8	3,1	3,3

Quellen: wiiw-Sommerprognose "Iran-Krieg dämpft Osteuropas Wachstum kaum" (1. Juli 2026) & wiiw-Frühjahrsprognose „Osteuropa widersteht Iran-Schock vorerst“ (29. April 2026); Durchschnitt selbst ermittelt.

Strai(gh)t talk – Frühjahrsprognose von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Am 2. Juni hat die EBRD die Wirtschaftsprognosen für die von ihr betreuten Länder vorgelegt. Demnach dürfte das Wachstum für 2025 von 3,4 Prozent auf 3,1 Prozent im Jahr 2026 abschwächen, bevor es im Jahr 2027 auf 3,6 Prozent ansteigt, da die Volkswirtschaften in den EBRD-Ländern durch zunehmende globale Handelsspannungen und den daraus resultierenden hohen Energiepreisen und unterbrochenen Lieferketten unter Druck stehen. Die jüngste Prognose liegt 0,5 bzw. 0,1 Prozentpunkte unter der Prognose vom Februar 2026. Wir haben für Sie hier die Frühjahrsprognose des realen BIP-Wachstums für Südosteuropa im Vergleich zur Winterprognose zusammengestellt. Den vollständigen Bericht finden Sie auf der Website der EBRD [hier](#).

	EBRD Regional Economic Prospects Februar 2026				EBRD Regional Economic Prospects Juni 2026			
	2024	2025	2026F	2027F	2024	2025	2026F	2027F
Albanien	4,0	3,7	3,5	3,5	4,0	3,8	3,4	3,5
Bulgarien	2,8	2,9	2,7	2,6	3,4	3,1	2,7	2,5
Bosnien und Herzegowina	2,5	2,0	2,7	2,8	4,0	3,8	3,4	3,5
Kosovo	4,4	3,7	3,9	3,9	4,0	3,8	3,4	3,5
Kroatien	3,9	3,0	2,7	2,5	3,8	3,4	2,7	2,5
Montenegro	3,0	3,2	3,2	3,2	3,2	2,7	2,9	3,0
Nordmazedonien	2,8	3,2	3,2	3,3	3,0	3,5	3,0	3,2
Rumänien	0,8	0,9	1,2	2,2	0,8	0,7	-0,2	1,8
Serbien	3,9	2,0	3,0	3,8	3,9	2,0	3,0	3,8
Slowenien	1,6	1,0	2,2	2,4	1,7	1,1	2,0	2,2
Durchschnitt SOE	3,0	2,6	2,8	3,0	3,2	2,8	2,6	3,0
Durchschnitt WB6	3,4	3,0	3,3	3,4	3,7	3,3	3,2	3,4

Quelle: EBRD Regional Economic Prospects "Resilient growth amid continued trade tensions" (26. Februar 2026) & EBRD Regional Economic Prospects "Strai(gh)t talk" (2. Juni 2026); Durchschnitt selbst ermittelt

Zusammenfassung der AHK-Konjunkturumfragen

Die **AHK Kroatien** hat am 13. Mai die Ergebnisse ihrer jährlichen Konjunkturumfrage veröffentlicht. Die befragten Unternehmen bewerten die aktuelle Lage zwar überwiegend positiv, dämpfen ihre Erwartungen für die Zukunft im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Während der Fachkräftemangel in den letzten Jahren als größte Herausforderung galt, rücken inzwischen steigende Arbeitskosten und Energiepreise stärker in den Fokus. Zusätzlich belasten internationale Unsicherheiten, höhere regulatorische Anforderungen und mögliche Störungen in den Lieferketten die Unternehmensplanung. Insgesamt bleibt das Vertrauen in den Standort Kroatien jedoch hoch. Zugleich sehen die befragten Unternehmen Verbesserungsbedarf bei der Rechtssicherheit, der Verwaltungseffizienz und den steuerlichen Rahmenbedingungen. Die Presseerklärung der AHK Kroatien sowie die Umfrageergebnisse finden Sie [hier](#).

Am 28. Mai veröffentlichte die **AHK Bulgarien** ihre Konjunkturumfrage, die insgesamt das Bild eines weiterhin stabilen und attraktiven Wirtschaftsstandorts zeichnet. Trotz eines zunehmend unsicheren internationalen Umfelds bewerten 91 Prozent der befragten Unternehmen die Geschäftsbedingungen in Bulgarien als mindestens zufriedenstellend, mehr als ein Drittel sogar als gut. 80 Prozent der Unternehmen erwarten eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, während 40 Prozent im kommenden Jahr sogar mit Verbesserungen rechnen. Dieses Vertrauen zeigt sich auch in der Investitions- und Personalplanung: Rund 70 Prozent wollen ihre Investitionen beibehalten oder ausweiten und 85 Prozent planen, ihre Beschäftigtenzahl zu halten oder zu erhöhen. Die Umfrageergebnisse finden Sie auf der Webseite der AHK Bulgarien [hier](#).

Am 16. Juni hat die **Delegation der Deutschen Wirtschaft Bosnien und Herzegowina** die Ergebnisse ihrer Konjunkturumfrage vorgestellt. Demnach bleiben die meisten der befragten Unternehmen trotz eines schwierigen politischen und wirtschaftlichen Umfelds optimistisch. Mehr als die Hälfte von ihnen bewertete die aktuelle Wirtschaftslage als zufriedenstellend und die Mehrheit erwartet für das Jahr 2026 eine stabile Entwicklung. Zudem planen viele Unternehmen höhere Investitionen und einen Ausbau ihrer Belegschaft. 80 Prozent der befragten Unternehmen gaben zudem an, dass sie sich erneut für Bosnien und Herzegowina als Investitionsstandort entscheiden würden. Als Stärken des Landes wurden insbesondere die günstige geografische Lage, die Nähe zur EU, wettbewerbsfähige Arbeitskräfte und die vergleichsweise niedrigen Kosten hervorgehoben. Gleichzeitig kritisierten die Unternehmen vor allem Korruption, politische Unsicherheit, mangelnde Rechtssicherheit sowie die Effizienz der öffentlichen Verwaltung und des Steuersystems. Insgesamt deutet die Umfrage somit auf einen vorsichtigen Optimismus hin. Die Umfrageergebnisse finden Sie auf der Webseite der Delegation [hier](#).

Bereits im Frühjahr dieses Jahres hat die **AHK Rumänien** ihre Konjunkturumfrage vorgelegt. Demnach bewertete rund ein Drittel der befragten Unternehmen ihre gegenwärtige Geschäftslage mit gut. Der Anteil der Unternehmen mit einer schlechten Einschätzung ist jedoch gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Auch die Erwartungen für das Jahr 2026 bleiben verhalten. Der Optimismus nimmt ab, während die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin hoch bleibt. Besonders die politischen Unsicherheiten in Rumänien, steigende Energie- und Arbeitskosten, eine schwache Nachfrage sowie schwierige Finanzierungsbedingungen belasten die Unternehmen. Investitions- und Beschäftigungspläne sind daher überwiegend von Zurückhaltung geprägt. Trotz der angespannten Lage sehen viele der befragten Unternehmen weiterhin langfristiges Potenzial im rumänischen Markt. Dafür seien jedoch politische Stabilität, verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und die konsequente Fortsetzung von Reformen notwendig. Die Umfrageergebnisse finden Sie auf der Webseite der AHK Rumänien [hier](#).

Am 19. Mai hat die **AHK Serbien** ihre jährliche Konjunkturumfrage präsentiert. Die Umfrage zeigt, dass deutsche Unternehmen trotz eines schwierigeren wirtschaftlichen Umfelds weiterhin grundsätzlich Vertrauen in Serbien als Investitionsstandort haben, wenn auch ein leichter Rückgang zum Vorjahr zu beobachten ist. So würden sich 2026 noch 77 Prozent der befragten Unternehmen erneut für den Standort Serbien entscheiden. 2025 lag der Wert noch bei 88 Prozent. Als Gründe wurden die wachsende Unsicherheit im internationalen und nationalen Wirtschaftsumfeld genannt. Die Unternehmen sehen sich mit schwächerem Wirtschaftswachstum in Europa, geopolitischen Spannungen, steigenden Kosten und Störungen im Welthandel konfrontiert. Gleichzeitig werden die grundlegenden Standortvorteile Serbiens weiterhin positiv bewertet. Die Umfrageergebnisse stehen [hier](#) auf der Seite der AHK Serbien zum Download bereit.

Am 8. Juni legte die **AHK Slowenien** die Ergebnisse ihrer jährlichen Konjunkturumfrage vor. Zwar bewerten viele Unternehmen ihre eigene Geschäftssituation weiterhin als stabil, doch nur neun Prozent erwarten eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, während 53 Prozent mit einer weiteren Verschlechterung rechnen. Als besonders belastend wurden vor allem die stark angestiegenen Arbeitskosten genannt. Zudem hat die Attraktivität Sloweniens als Investitionsstandort spürbar nachgelassen. Nur noch 59 Prozent der befragten Unternehmen würden erneut in Slowenien investieren. Im Vorjahr waren es noch 80 Prozent. Die Unternehmen fordern daher vor allem eine verlässliche und vorhersehbare Wirtschaftspolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts langfristig zu sichern. Die Umfrageergebnisse können Sie [hier](#) auf der Webseite der AHK Slowenien downloaden.

16. Juni 2026: Ost-Ausschuss-Jahresveranstaltung



Von Helmut Kohl bis zur weltweit ersten KI-Ministerin spannte sich der Bogen bei der Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses im Berliner Aufbau-Haus am 16. Juni, an der fast 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verbänden teilnahmen. Ehrengast des Abends war der albanische Ministerpräsident Edi Rama, mit dem das Thema EU-Erweiterung ins Zentrum rückte. Außerdem konnte der

Ost-Ausschuss Staatsminister Gunther Krichbaum (Auswärtiges Amt), Staatssekretär Thomas Steffen (Bundeswirtschaftsministerium) und zahlreiche Botschafterinnen und Botschafter seiner Zielländer begrüßen. [Hier](#) geht es zum Bericht über die Jahresveranstaltung auf der OA-Website.

Bild: Albaniens Premier Rama warb für eine schnellere EU-Erweiterung. Foto: Alexander Shegelov; Quelle: Ost-Ausschuss

13. Mai 2026: Zweite Sitzung des Arbeitskreises SOE

Am 13. Mai 2026 fand die zweite Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Südosteuropa in diesem Jahr statt. Über 40 Unternehmensvertreterinnen und -vertreter schalteten sich online zu. Geleitet wurde die Sitzung von Arbeitskreissprecher Christoph Beeck (ProCredit Holding AG). Gemeinsam mit einem Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) wurden aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Region diskutiert. Ein besonderer Schwerpunkt der Sitzung lag auf konkreten Praxis-Tipps für den Markteintritt in Nordmazedonien (LGP Lawyers LANSKY, GANZGER, ZEQUIRI + Partner) und auf der Vorstellung von Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten der KfW. Den LinkedIn Post zur Sitzung finden Sie [hier](#).

30. April 2026: Deutsch-Albanische Wirtschaftskonferenz in Berlin

Am 30. April kamen rund 150 Interessierte aus Politik, Wirtschaft und Diplomatie zur Deutsch-Albanischen Wirtschaftskonferenz ins Haus der Deutschen Wirtschaft, darunter die albanischen Vizeminister für Wirtschaft und Innovation Olta Manjani und Enkelejd Musabelliu sowie Staatssekretär Thomas Steffen vom Bundeswirtschaftsministerium. Albanien positionierte sich in Berlin als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort für deutsche Unternehmen. Das Land punktet dabei durch makroökonomische Stabilität, Reformfortschritte und seine wachsende Integration in europäischen Wertschöpfungsketten und bietet dank Wasserkraft und erneuerbarer Energien eine emissionsarme Stromversorgung. Der Kurs Richtung EU-Beitritt dient dabei als Anker für Reformen. Gleichzeitig treiben Investitionen in erneuerbare Energien und Infrastruktur die Transformation weiter voran. Volker Treier, Vorstandsmitglied der Deutschen Industrie und Handelskammer sprach in seiner Begrüßung im Haus der Deutschen Wirtschaft denn auch von einer Art „Goldgräberstimmung“, die sich in Teilen der albanischen Wirtschaft bemerkbar mache. Vor allem der Tourismussektor boomt und trägt zur dynamischen Entwicklung der Bauwirtschaft und des Dienstleistungssektors bei. Auch Staatssekretär Steffen hob Albaniens Fortschritte hervor: von Wirtschaftsreformen über Anti-Korruptionsmaßnahmen bis hin zur wachsende EU-Integration. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie auf der Website des OA [hier](#).



Bild: Begrüßungsrede von Dr. Thomas Steffen, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Foto: A. Metz; Quelle: Ost-Ausschuss

28. und 29. April 2026: Gipfeltreffen und Drei-Meeres-Initiative in Dubrovnik

Das diesjährige politische Gipfeltreffen sowie ein Business Forum der Drei-Meeres-Initiative (3SI) wurde in diesem Jahr von der kroatischen Regierung in Dubrovnik ausgerichtet. Die 3SI vereinigt 13 ost- und südosteuropäische EU-Mitgliedsländer zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer, die mit dieser Initiative ihre Interessen in Politik, Wirtschaft und Sicherheit bündeln. Die Initiative begeht in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum. Deutschland ist zwar nicht direktes Mitglied der Drei-Meeres-Initiative, die maßgeblich von Kroatien, Polen aber auch den USA vorangetrieben wurde, die Bundesregierung unterstützt dennoch das Format als Partner, um die Konnektivität in Mittel- und Osteuropa zu stärken, die Energiesicherheit zu erhöhen und die wirtschaftliche Entwicklung zwischen Adria, Ostsee und Schwarzem Meer zu fördern. Dies ist auch der Grund, warum sich der Ost-Ausschuss seit vielen Jahren im Rahmen der Business Foren einbringt. Das diesjährige Business Forum im kroatischen Dubrovnik war sehr hochrangig besetzt und bot entsprechend hervorragende Vernetzungsmöglichkeiten. So nahmen sieben Präsidenten und Premierminister der Mitgliedstaaten der 3SI sowie zahlreiche Minister und Vizeminister teil. Auch namhafte Vertreter aus den USA waren vertreten, was das Interesse der USA an dieser Initiative nochmals verdeutlicht. Der Veranstalter, das Außenministerium Kroatiens, sprach von insgesamt 1200 registrierten Gästen. Den ausführlichen Bericht finden Sie auf der Website des Ost-Ausschusses [hier](#).

23. April 2026: Connectivity of the Black Sea Region: Transport Corridors, Infrastructure Development and Logistics

Beim Experten Forum des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft in der Hamburgischen Landesvertretung in Berlin stand am 23. April die strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion für europäische Lieferketten, Energie- und Sicherheitspolitik im Mittelpunkt. Rund 80 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Think Tanks und internationalen Organisationen diskutierten Perspektiven zum Ausbau der Infrastruktur und zur Optimierung der Transportkorridore und Logistik. Unter dem Titel „Connectivity of the Black Sea Region: Transport Corridors, Infrastructure Development and Logistics“ widmete sich die Veranstaltung der Frage, wie die Schwarzmeerregion angesichts geopolitischer Umbrüche und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als zentrale Drehscheibe zwischen Europa, dem Südkaukasus, Zentralasien und dem Mittleren Osten weiterentwickelt werden kann. Den ausführlichen Bericht finden Sie auf der Website des Ost-Ausschusses [hier](#).

11. Februar 2026: Erste Sitzung des Arbeitskreises SOE

Die erste Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa des Jahres 2026 gab den Unternehmen Gelegenheit, mit Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Auswärtigen Amtes aktuelle Entwicklungen in der Region, wie die Euro-Einführung in Bulgarien zu Jahresbeginn, die anstehende Regierungsbildung im Kosovo, die jüngsten Lkw-Blockaden im Konflikt um die EU-Einreiseregeln und den Stand der EU-Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern in den Blick zu nehmen. Den LinkedIn Post zur Sitzung finden Sie [hier](#).

Kommende Veranstaltungen

- **Save the Date: 2. September 2026: Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa des Ost-Ausschusses**, 09:30 - 11:00 Uhr (Hybrid). Die Einladung zur Sitzung erhalten unsere Mitgliedsunternehmen rechtzeitig vor der Sitzung. **Nur für Mitglieder**
- **2. September 2026:** Unternehmengespräch mit dem CEFTA-Sekretariat, Berlin. **Nur für Mitglieder**
- **30. September 2026:** 12. CEE Procurement and Supply Forum in **Budapest/Ungarn** ; eine Veranstaltung des Bundesverbandes Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) die der Ost-Ausschuss als Partner unterstützt. Informationen zu Teilnahmemöglichkeiten, Kosten und Anmeldung finden Sie auf unserer Website [hier](#).
- **5. Oktober 2026:** „Ost-West-Forum BAYERN 2026“; eine Veranstaltung der IHK Regensburg die der Ost-Ausschuss als Partner unterstützt. Informationen zu Teilnahmemöglichkeit, Anmeldung und Programm finden Sie auf der Seite der IHK Regensburg [hier](#).
- **9. Oktober 2026:** 9th German – East European Health Forum: New Approaches in the Health Sector in Eastern Europe, Berlin. Informationen zum Programm und den Anmeldeöglichkeiten finden Sie auf der Seite der German Health Alliance [hier](#).
- **Save the Date: 16. Oktober 2026:** 1. Deutsch-Moldauisches Wirtschaftsforum, Berlin; Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf der OA-Website [hier](#).
- **Save the Date: 28. und 29. Oktober 2026:** 3. Deutsch-Kosovarisches Wirtschaftsforum organisiert durch die Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung, Pristina; Das Programm ist noch in der Ausarbeitung. Informationen dazu wie zu den Anmeldeöglichkeiten folgen.

Weitere Informationen zu diesen und weiteren Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie über die Ankündigungen auf unserer Website oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Projekte

SIDEC - Second International Defence Exhibition and Conference

Die Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer lädt als Promotional Partner der SIDEC 2026 deutsche Unternehmen herzlich ein, an der **Second International Defence Exhibition and Conference** als Aussteller teilzunehmen. Die Messe findet **vom 10. bis 12. November 2026** auf dem Messegelände in Celje, Slowenien, statt. Nach der erfolgreichen Premiere im Jahr 2025 mit 178 Ausstellern aus 20 Ländern und mehr als 10.000 Fachbesuchern hat sich die SIDEC als eine der bedeutendsten Plattformen für die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in Südosteuropa etabliert. Die Veranstaltung bringt internationale Unternehmen, Streitkräfte, Regierungsvertreter, Beschaffungsstellen sowie Forschungs- und Technologiepartner zusammen. Für deutsche Unternehmen bietet die SIDEC 2026 die ideale

Gelegenheit, innovative Technologien und Lösungen zu präsentieren, neue Geschäftskontakte zu knüpfen und die Präsenz auf den Märkten Südosteuropas auszubauen. Bereits bei der letzten Ausgabe waren zahlreiche renommierte deutsche Unternehmen vertreten.

Weitere Informationen zur Messe sowie Anmeldemöglichkeiten finden Sie [hier](#) auf der Seite der AHK Slowenien.

Tipps & Links

- Die EU-Kommission hat am 8. Mai die jährliche **Eurobarometer-Umfrage** veröffentlicht, in der unter anderem nach dem Vertrauen der Bürger in die Europäische Union gefragt wird. Die Umfrageergebnisse finden Sie auf der Website der EU [hier](#). Befragt wurden auch die **Bürger in den Ländern des Westlichen Balkans**, wo das Vertrauen insbesondere in Albanien und Kosovo groß ist. European Western Balkans hat die Ergebnisse für die Länder des Westlichen Balkans [hier](#) zusammengefasst.
- Das EBRD hat eine Spezialausgabe ihres Regional Economic Prospects mit dem Titel „**Potential economic impact of the conflict in the Middle East**“ veröffentlicht. Sie können es [hier](#) downloaden.
- Gemeinsam mit dem **Think-Thank European Policy Center (CEP Belgrade)** hat die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) bereits im Januar die Studie „**Was kostet mich der Westliche Balkan**“ veröffentlicht. Sie können sie auf der Website der KAS [hier](#) lesen.

Aktuelles aus der Südosteuropa Gesellschaft

- In der Reihe **Southeast Europe in Focus** stehen Ihnen aktuelle Analysen zu den Parlamentswahlen in Bulgarien und Kosovo zur Verfügung. [Hier](#) geht es zu den Publikationen auf der Seite der Südosteuropa Gesellschaft.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen sowie die Möglichkeit den Newsletter zu abonnieren oder auch die wöchentlich erscheinende Presseschau zu Südosteuropa, finden Sie auf der Website der SOG [hier](#).

Aktuelle Veröffentlichungen der GTAI zur Region

- **Südosteuropa ist aufstrebender Logistikmarkt:** Das GTAI-Special zeigt Anbietern von Logistiklösungen konkrete Marktchancen auf und liefert Projektinformationen. Betrachtet werden die folgenden Länder: Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Serbien, Kroatien, Slowenien, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien. Das GTAI -Special finden Sie [hier](#).
- Analyse zum Thema „**Energiesicherheit in Südosteuropa**“; das Dokument finden Sie [hier](#).
- Branchenspecial „**Westbalkan entwickelt Kreislaufwirtschaft mit deutschem Know-how**“; das Special finden Sie [hier](#).
- Special zum Thema „**Produktionszentrum vor der Haustür der EU**“. Sie finden es auf der GTAI-Website [hier](#).

- Aktuelle **Wirtschaftsausblicke** zu den folgenden Ländern:
- [Nordmazedonien](#)
- [Bosnien und Herzegowina](#)
- [Serbien](#)
- [Kroatien](#)
- [Rumänien](#)
- [Bulgarien](#)

Weitere Beiträge beispielsweise zur Entwicklung des Maschinen- und Anlagenbaus in Rumänien oder den Arbeitsmarktentwicklungen in Bulgarien finden Sie ebenfalls auf der Seite der GTAI.

Wichtige Quellen mit aktuellen Informationen zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für die Inhalte externer Webseiten, auf die wir mittels Hyperlinks verweisen, nicht verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine rechtswidrigen Inhalte erkennbar. Auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung sowie die Inhalte der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte nicht zu eigen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte für Rechtsverletzungen nicht zumutbar.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120

www.ost-ausschuss.de

